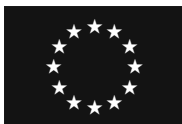


EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Kultur und Bildung

VORLÄUFIG
2006/2087(INI)

26.6.2006

ENTWURF EINES BERICHTS

über das Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik
(2006/2087(INI))

Ausschuss für Kultur und Bildung

Berichterstatter: Luis Herrero-Tejedor

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG	8

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik (2006/2087(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission: „Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik“ (KOM(2006)0035),
- gestützt auf Teil II des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 195 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 211 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 308 des EG-Vertrags,
- in Kenntnis von Artikel 11, 41, 42 und 44 der Charta der Grundrechte,
- unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission,
- unter Hinweis auf die Mitteilung an die Kommission „Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa“ (SEK(2005)0985),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ (KOM(2005)0494),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. März 2002 zu der Mitteilung der Kommission betreffend einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit bei Maßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Union¹,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. April 2003 zu der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union²,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. Mai 2005 zur Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union³,
- gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Kultur und Bildung und der Stellungnahme des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A6-0000/2006),

A. in der Erwägung, dass Kommunikation ein wichtiges Element in einer partizipatorischen

¹ ABl. C 47 E vom 27.2.2003, S. 400

² ABl. C 64 vom 12.3.2004, S. 591

³ ABl. C 92 E vom 20.4.2006, S. 403

Demokratie bildet,

- B. in der Erwägung, dass aus diesem Grund die Stärke der demokratischen Elemente der EU mit den Kommunikationsstrukturen auf europäischer Ebene zusammenhängt, die die Institutionen mit den Bürgern verbinden,
- C. in der Erwägung, dass die Erfahrung der Europawahlen und Volksabstimmungen gezeigt hat, dass diejenigen, die für EU-Themen sensibilisiert und an ihnen interessiert waren, eher teilnahmen, während diejenigen, denen Informationen fehlten, eher nicht teilnahmen,
- D. in der Erwägung, dass es derzeit keine europäische öffentliche Sphäre gibt, sondern sehr lebendige nationale öffentliche Sphären, und dass diese nationalen öffentlichen Sphären sich in Bezug auf das Ausmaß, in dem europäische Themen wie auch ihr Inhalt diskutiert werden, stark unterscheiden,
- E. in der Erwägung, dass es eine wichtige Verbesserung darstellen würde, wenn europäische Themen in den nationalen öffentlichen Sphären stärker hervortreten würden,
- F. in der Erwägung, dass ein erster Schritt zur Schaffung einer europäischen öffentlichen Sphäre die Überwindung der Isolierung der nationalen Sphären durch eine europäische kommunikative Aktion wäre, was eng verknüpft mit europaweiten oder wenigstens transnationalen Medienstrukturen ist,
- G. in der Erwägung, dass die mangelnde Information der Bürger über europäische Themen offenkundig ist, was sich auch in den Ergebnissen der verschiedenen Eurobarometer-Umfragen widerspiegelt,
- H. in der Erwägung, dass Kommunikation auch mit Transparenz, Bürgerschaft und gemeinsamen Werten verknüpft ist,
- I. in der Erwägung, dass der Europäische Rat vom 15./16. Juni 2006 das Thema Verfassungsreform erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat,

Kommunikationspolitik und die europäische öffentliche Sphäre

1. sieht die Notwendigkeit, die Kommunikation zwischen der EU und ihren Bürgern zu verbessern; unterstützt deshalb den Versuch, die Art und Weise, wie die Kommunikation mit den Bürgern organisiert ist, zu überprüfen; unterstreicht, dass bessere Kommunikation keinen Ausgleich für unzureichende politische Konzepte bieten kann, jedoch erreichen kann, dass wichtige politische Maßnahmen besser verstanden werden;
2. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Schaffung einer europäischen öffentlichen Sphäre zu unterstützen, die in erster Linie durch nationale, lokale und regionale Medien gegliedert wird, jedoch ohne die wichtige Rolle aus dem Blickfeld zu verlieren, die qualitativ hochwertige nationale Zeitungen spielen, wenn sie europäischen Angelegenheiten ausreichend Raum geben;
3. stellt fest, dass das Ziel der europäischen Kommunikationspolitik nicht die Schaffung eines Kommunikationsraums, der in Konkurrenz zu den nationalen öffentlichen Sphären tritt, sein sollte, sondern vielmehr eine enge Anlehnung der nationalen Debatten an die

Debatten auf EU-Ebene;

4. fordert die Kommission nachdrücklich auf, bei der Skizzierung einer Kommunikationspolitik die konkreten Vorschläge in Betracht zu ziehen, die in der Entschließung des Parlaments vom 12. Mai 2005 zur Informations- und Kommunikationsstrategie der EU unterbreitet wurden;

Definition gemeinsamer Grundsätze

5. unterstützt die Idee, eine Kommunikation in beide Richtungen zwischen der EU und ihren Bürgern auf den Weg zu bringen, die in der Lage und willens ist, mehr auf das zu hören, was die Bürger über Europa zu sagen haben; hält jedoch die Vorstellung, dass die Bürger zur treibenden Kraft der Beteiligung und des Dialogs werden, nicht für vernünftig, denn es sind nicht sie, die nach Informationen suchen sollten, sondern die Informationen sollten die Bürger suchen;
6. hält es nicht für zweckmäßig, das EP einem Verhaltenskodex zu unterwerfen, der seine Kommunikation mit den EU-Bürgern regelt;
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Möglichkeit auszuloten, auf der Grundlage von Artikel 308 EG-Vertrag ein echtes Gemeinschaftsprogramm für Information und Kommunikation zu Europa aufzulegen, um die auf diesem Gebiet bestehenden interinstitutionellen Partnerschaftsmechanismen zu verbessern; ist der Ansicht, dass, sollte die Kommission einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, das Parlament in die Festlegung und Ausarbeitung des genauen Inhalts und der Reichweite des Programms umfassend eingebunden werden muss;
8. ist der Meinung, dass stärker auf die in der Charta der Grundrechte verankerten Grundsätze und Werte Bezug genommen werden sollte, um die Reichweite einer europäischen Kommunikationspolitik zu bestimmen;

Stärkung der Rolle der Bürger

9. begrüßt den von der Kommission geäußerten Wunsch, Europa auf alle Ebenen zu übertragen, d.h. europäische Themen auf die nationale, regionale und lokale Ebene zu bringen, um die Botschaft zu dezentralisieren; begrüßt den Aktionsplan der Kommission und erwartet seine unverzügliche Umsetzung;
10. betrachtet die Regionen und Städte als die geeignetsten Plattformen, um Werbung für die europäische Idee bei den Bürgern zu machen, und verlangt die Einbeziehung des Ausschusses der Regionen in die Umsetzung einer künftigen Kommunikationspolitik;
11. unterstützt die Idee, in die nationalen Parlamenten Debatten über europäische Themen in den Vordergrund zu rücken;
12. unterstreicht die Bedeutung der politischen Bildung zum Thema EU-Integration, da ein gewisses Verständnis für Europa eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunikation in beide Richtungen mit der EU ist;
13. bedauert es, dass die Unterstützung für sektorspezifische Programme mit einem starken

Multiplikatoreffekt wie Leonardo da Vinci, Sokrates und Erasmus gekürzt wurde, betonen sie doch die europäische Dimension und erleichtern den Aufbau transnationaler Netzwerke;

14. ist der Auffassung, dass es, um die Bürger zu erreichen, wichtig ist, sich besser zu verständigen und die Bedeutung von EU-Beschlüssen für den Alltag aufzuzeigen;

Umgang mit den Medien und Nutzung der neuen Technologien

15. betont die Bedeutung der Medien als Vermittler, Meinungsmacher und Träger von Botschaften an die Bürger in der europäischen öffentlichen Sphäre, die die Kommission entwickeln will;
16. fordert die Kommission auf, so genau wie möglich zu definieren, welche Rolle sie den Medien zuweisen würde, und betont die Notwendigkeit, einen Modus zu finden, der nationale, regionale und lokale Medien stärker in die Kommunikationspolitik einbindet;
17. begrüßt es, dass der Vorschlag der Gründung einer EU-Nachrichtenagentur zurückgezogen wurde;
18. empfiehlt der Kommission, eine ehrliche und prägnante Sprache zu verwenden, wenn sie mit den Bürgern und den Medien kommuniziert; ist der Meinung, dass der EU-Jargon die Kluft zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern eher vergrößert als überbrückt;
19. empfiehlt die Einführung eines regelmäßigen Meinungsaustausches zu europäischen Kommunikationsthemen zwischen den europäischen Institutionen und den Medien;
20. betrachtet die Verantwortung der Kommission, objektive, verlässliche und unparteiische Informationen über europäische Politik zu liefern, als eine Grundlage für eine gut informierte Debatte;
21. begrüßt es, dass das Weißbuch in Bezug auf die neuen Technologien im Einklang mit dem letzten Bericht des EP zur Informations- und Kommunikationsstrategie der EU steht;

Ein klares Bild von der europäischen öffentlichen Meinung gewinnen

22. fordert die Kommission auf, das Parlament über die Bewertung der von ihr durchgeführten Konsultation zu unterrichten;
23. hält die Einrichtung eines Europäischen Meinungsforschungsinstituts kurzfristig für fragwürdig und ist der Ansicht, dass, bevor man eine solche Aufgabe in Angriff nimmt, die bereits verfügbaren Daten und Ressourcen in koordinierterer Form genutzt werden sollten;

Zusammenarbeit

24. fordert die Kommission auf, konkrete Vorschläge für die Durchführung der Kommunikationspolitik und ihre rechtlichen und finanziellen Auswirkungen auszuarbeiten;
25. ist der Ansicht, dass die Arbeit der Interinstitutionellen Gruppe "Information" untersucht

werden sollte, um festzustellen, ob Verbesserungen möglich sind; ist der Meinung, dass sie einen in erster Linie politischen Charakter und eine Garantiefunktion haben und die Zahl ihrer Mitglieder verringert werden sollte, damit sie funktionsfähiger werden kann;

26. betont die Notwendigkeit einer engeren Einbindung von europaweiten politischen Parteien in den Dialog mit ihren Wahlkreisen über EU-Themen;
27. unterstützt die Stärkung der Rolle des Bürgerbeauftragten in dem Bemühen, der Transparenz größere Glaubwürdigkeit zu verleihen;
28. empfiehlt die Verwendung bestehender Programme zur Finanzierung wie Lebenslanges Lernen, Jugend, Bürger für Europa, Media und Kultur im Sinne einer besseren Vermittlung der europäischen Integration, vorausgesetzt, dass die Ziele der einzelnen Programme voll und ganz eingehalten werden;
29. betont, dass für eine erfolgreiche Kommunikation die aktive Unterstützung der Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung ist, und fordert deshalb die Mitgliedstaaten auf, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um zu den gemeinsamen kommunikativen Anstrengungen der EU beizutragen;
30. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Im Februar 2006 veröffentlichte die Kommission ein Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik. In dem Text wird versucht, die Wirkung der Ablehnung, auf die der Verfassungsvertrag in den Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden gestoßen ist, einzudämmen und der allgemeinen Zunahme der Euroskepsis entgegenzuwirken.

In dem Weißbuch skizziert die Kommission die Grundzüge einer neuen europäischen Kommunikationspolitik, die die Kluft, die die Union von ihren Bürgern trennt, überbrücken kann. In diesem Bericht möchte der Berichterstatter seine Überlegungen zu den Vorschlägen, die die Kommission in dem Weißbuch unterbreitet, mitteilen.

1. *Gemeinsame Grundsätze festlegen*

Die Kommission schlug vor, einen Verhaltenskodex zur Kommunikation einzuführen, d.h. gemeinsame Standards für die europäischen Institutionen, nationalen Organisationen usw. aufzustellen, auf die sich die Kommunikationspolitik stützen sollte. Nach Auffassung des Berichterstatters ist diese Idee nicht nur an sich schon ein Irrtum, sondern dient im Übrigen in ungeeigneter Weise der Absicht, eine echte Rechtsgrundlage zu ersetzen. In der Tat mangelt es den europäischen Institutionen an einer Rechtsgrundlage, auf der spezifische Gemeinschaftsberichte in den Bereichen Information und Kommunikation ausgearbeitet werden können. Als Folge davon wird die Kommission zu häufig beschuldigt, sich in einen Bereich einzumischen, für den sie nicht zuständig sei, oder sogar Propaganda zu verbreiten. Jedoch ist die beste Art und Weise, dieses Hindernis zu umgehen, nicht, die Fundamente für eine Kommunikationspolitik mit Hilfe eines Verhaltenskodexes zu legen, sondern nach der Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten im Europäischen Rat zu streben und mit ihr über Artikel 308 EG-Vertrag eine umfassende Rechtsgrundlage zu schaffen.

Verhaltensnormen vorzuschreiben, damit die Institutionen der EU sie einhalten, kann außerdem negative Auswirkungen zeitigen: sowohl die Meinungsfreiheit als auch die Unabhängigkeit von Meinungen würden mit Füßen getreten. Der Berichterstatter hält es deshalb nicht für zweckmäßig, dass sich das Europäische Parlament einem Kodex unterwirft, der seine Kommunikation mit den europäischen Bürgern regeln würde.

2. *Die Rolle der Bürger stärken*

Da es keine europäische öffentliche Sphäre gibt, ist es Aufgabe der Institutionen, die Instrumente zu nutzen, die es möglichst vielen europäischen Bürgern ermöglichen, Zugang zu Informationen zu erhalten. Wenn sich die Europäische Union Gehör verschaffen will, muss sie die europäischen Angelegenheiten auf die nationale, regionale und lokale Ebene heben. Allerdings ist die Vorstellung, dass die Bürger die treibende Kraft bei der Teilnahme und dem Dialog sein sollen, nicht vernünftig. Es wäre vollkommen nutzlos, aufmerksam dem zuzuhören, was uninformierte Bürger zu sagen haben. Damit diese Beiträge fruchtbar werden, müssen die europäischen Institutionen zuerst in der Lage sein, ihnen sämtliche erforderlichen Informationen zu übermitteln, die es ihnen ermöglichen, sich in das europäische Projekt einzubringen und sich mit ihm zu identifizieren. Ohne vorherige Information ist öffentliche Meinung nicht möglich. Oder zumindest eine brauchbare Meinung. Deshalb ist das allgemeine Prinzip, das für die Informations- und Kommunikationspolitik der EU gelten muss, Folgendes: Es ist nicht der Bürger, der sich auf die Suche nach Informationen machen muss, sondern die Informationen müssen den Bürger suchen.

3. *Mit den Medien und den neuen Technologien arbeiten*

Im Weißbuch ist die Vorstellung zu stark verankert, dass der Dialog und das Verständnis der Bürger mit Hilfe von Initiativen der Institutionen koordiniert werden können. Deshalb setzt es mehr Vertrauen in die neuen Technologien als in die traditionellen Massenmedien. Manchmal entsteht der Eindruck, dass das Weißbuch die Bedeutung der Wirkung dieser Medien in der Gesellschaft schmälert.

Nach Auffassung des Berichterstatters sollten einige vorrangige Ziele genannt werden, wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Journalisten in den europäischen Institutionen, die Ausbildung von Informationsfachleuten, die Verbesserung der Methoden direkter Kommunikation usw.

4. *Ein klares Bild von der öffentlichen Meinung in Europa gewinnen*

Die Kommission schlägt vor, ein Netzwerk nationaler Sachverständiger im Bereich der Meinungsforschung aufzubauen, um den Austausch vorbildlicher Verfahren und die Erschließung von Synergien zu fördern. Der Berichterstatter hält es jedoch für zweckmäßiger, die Nutzung der bereits vorhandenen Ressourcen zu koordinieren und zu optimieren. Man kann Informationen und bewährte Verfahren austauschen, ohne ein neues Europäisches Meinungsforschungsinstitut zu gründen. Kurzfristig sieht er die Einrichtung dieses Meinungsforschungsinstituts als fragwürdig an, da man die Nutzung der gesammelten Datenmengen optimieren sollte, bevor man sich an eine solche Aufgabe begibt.

5. *Die Aufgabe gemeinsam angehen*

Die Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Informations- und Kommunikationspolitik in der EU ist von zentraler Bedeutung. Ohne sie wäre es praktisch unmöglich, dass irgendeine Botschaft bis in das Innere der Bürger vordringt. Der Inhalt der Botschaften verdient mehr Aufmerksamkeit, um zu erreichen, dass sie das Interesse der Bürger je nach ihren jeweiligen Bedenken wecken. Wir müssen erklären können, was Europa für jeden Einzelnen tun kann. Wir müssen Mittel und Wege finden, über die wir uns stärker in die Informations- und Kommunikationspolitik auf regionaler und lokaler Ebene einbringen können, und dafür ist die Rolle bestimmter Akteure wie der politischen Parteien entscheidend, denen es gelingen sollte, den Bürger an die europäische Politik heranzuführen.

Der Berichterstatter spricht sich dafür aus, den Dialog Parlament-Kommission-Rat zu verstärken, und dafür hält er eine bessere Koordinierung von Seiten der Institutionen für erforderlich.

Das einzige Forum, auf dem die Informations- und Kommunikationsdienste der Kommission und des Parlaments ihre Auffassungen gemeinsam darstellen, ist die so genannte Interinstitutionelle Gruppe „Information“. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Prioritäten des Programms PRINCE festzulegen. Alle in diesem Programm nicht berücksichtigten Initiativen werden als spezifische Aktionen betrachtet und sollen entweder von der Kommission, wenn sie in ihren Bereich fallen, oder vom Parlament, wenn sie in dessen Zuständigkeitsbereich liegen, vorangebracht werden. Vom Standpunkt des Berichterstatters aus wäre es empfehlenswert, dass das Programm PRINCE mehr vorrangige Aktionslinien umfasst und die spezifische Maßnahme jeder Institution auf das Unverzichtbare reduziert. Die Interinstitutionelle Gruppe „Information“ sollte einen in erster Linie politischen Charakter

haben, und die Zahl ihrer Mitglieder sollte verringert werden, damit sie funktionsfähiger werden kann.